

22. Feb. 2011



Andi Kunz | Neustadt 60 | 8200 Schaffhausen

An den

**Präsidenten des Grossen Stadtrates**

Edgar Zehnder

Stadthaus

8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 22. Februar 2011

Postulat | **Demokratie beginnt nicht erst mit 18. Nr. 3 / 2011**  
**(Neue) Möglichkeiten der politischen Partizipation für Kinder und Jugendliche**

Sehr geehrter Herr Präsident

Die Unterzeichnenden ersuchen Sie höflichst, den vorliegenden Vorstoss auf die Traktandenliste des Grossen Stadtrates zu setzen:

**Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen und dem Grossen Stadtrat Bericht zu erstatten, wie die Partizipation von Kindern und Jugendlichen am politischen und gesellschaftlichen Leben gestärkt werden kann.**

Begründung:

Der Begriff der „Politikverdrossenheit“ ist gegenwärtig in aller Munde. Es scheint, als würden sich vor allem Jugendliche immer weniger für die Politik interessieren und daran teilnehmen wollen. Als Beweis hierfür werden die geringe Stimm- und Wahlbeteiligung von jungen Erwachsenen sowie auch die abnehmende Bereitschaft von Jugendlichen, Parteien beizutreten und in ihnen mitzuwirken, herangezogen. Die Demokratie scheint in einer ernsthaften Krise zu stecken. Einige Pessimisten sagen bereits ihr Ende voraus, weil sie befürchten, dass sich bald niemand mehr am politischen Geschehen beteiligen wird. Dagegen spricht, dass sich Jugendliche nach wie vor für politische Themen und Fragen interessieren und sich zivilgesellschaftlich vielseitig engagieren. Sie tun dies jedoch immer weniger in den herkömmlichen politischen Strukturen, sondern vermehrt in informellen politischen Gruppierungen. Wer genau hinschaut, stellt fest, dass die angebliche Politikmüdigkeit kein Generationsproblem ist, sondern vielmehr etwas mit der mangelhaften Attraktivität von überkommenen und zudem längst unübersichtlich gewordenen Strukturen zu tun hat. Hinter den „Ermüdungserscheinungen“ steckt folglich nicht ein grundsätzliches Desinteresse von Jugendlichen an Politik, sondern deren Wunsch nach neuen Formen direkter Partizipation. In verschiedenen Gemeinwesen werden deshalb seit einigen Jahren spezielle Partizipationsformen für Kinder und Jugendliche entwickelt und erprobt. Kinderbüros entstehen, Kinder- und Jugendbeauftragte werden ernannt und woanders nehmen Kinder- und Jugendparlamente, -foren und -beiräte ihren Betrieb auf. In einigen Gemeinden werden zu spezifischen Fragen Jugendhearings durchgeführt, neue (kinder- und jugendfreundliche) Formen der politischen Kommunikation erprobt und die Jugendarbeit offener gestaltet. In der Stadt St. Gallen können Jugendliche ab 13 Jahren dem Stadtparlament einen „Jugendlichen-Vorstoss“ einreichen und damit einen Sachverhalt des städtischen Lebens zur Sprache bringen. Vielerorts werden Kinder und Jugendliche zudem stärker als bisher in Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden, insbeson-

